

Neue Zürcher Zeitung

Lange Haftstrafen gegen sächsische Terroristen

Das Oberlandesgericht in Dresden setzt ein deutliches Signal gegen rechtsextreme Gewalt

Mitglieder der «Gruppe Freital» sind nach Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Linke wegen versuchten Mordes oder Beihilfe dazu verurteilt worden.

STEPHANIE LAHRTZ, MÜNCHEN

Acht Mitglieder der «Gruppe Freital» haben in wechselnder Täterschaft zwischen Juli und November 2015 fünf Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, das Auto eines Stadtrats der Partei «Die Linke», deren Parteibüro und ein linkes Wohnprojekt im sächsischen Freital sowie im naheliegenden Dresden verübt. Was der Freitaler Bürgermeister noch als «Lausbubenstreiche» abtun wollte, ist für das Oberlandesgericht Dresden versuchter Mord beziehungsweise Beihilfe dazu, und da es Verletzte gab, auch schwere Körperverletzung. Daher haben die Richter am Mittwoch nach einem einjährigen Prozess lange Haftstrafen gegen die sieben Männer und eine Frau verhängt, von vier Jahren für den zur Tatzeit 18-jährigen, jüngsten Täter bis hin zu zehn bzw. neunzehn Jahren für die zwei Rädelsführer.

Rassistische Attacken

Das Gericht folgte mit seiner Beurteilung der Taten und dem Strafmass weitgehend den Anklägern der Bundesanwaltschaft. Diese hatten im Januar in ihrem Plädoyer festgehalten, dass die Gruppe den Tod von Menschen billigend in Kauf genommen habe. So sassen bei einem der Angriffe vier Asylbewerber in dem Raum, an dessen Fenster zwei in Deutschland wegen ihrer enormen Sprengkraft verbotene Böller aus Tschechien explodierten. Nur weil ein Mann die glimmende Lunte gesehen hatte, konnten sich die vier Personen in den Flur retten. Die Explosion Hess nicht nur das Fenster zerbersten, sondern riss Teile der Mauer weg, ebenso wie bei einem anderen Anschlag auf eine weitere Asylbewerberunterkunft. Die «Gruppe Freital» sei eine terroristische Vereinigung, stimmten die Richter auch in einem weiteren Punkt den Anklägern zu.

Die Taten seien aus rassistischen Motiven begangen worden, um Angst und Schrecken unter Asylbewerbern wie auch deren Unterstützern zu verbreiten. Die Gedankenwelt der Verurteilten zeigt sich in einer Vielzahl von im Prozess präsentierten Chats und Facebook-Einträgen. Ausländer wurden als «Kanacken» oder «Viehzeug» beschimpft, die man «alle töten» sollte. Jede Tat wurde danach im Netz gefeiert.

Kein Lausbubenstreich

Das Gericht setzt laut Beobachtern mit dem Urteil und den hohen Gefängnisstrafen am Mittwoch ein eindeutiges Signal gegen rechtsextreme Gewalt und die Verharmlosung von Attacken, bei denen Menschen zu Schaden hätten kommen können. Die Rechtfertigungen mancher Verteidiger, dass ihre Mandanten doch nur auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise sich von der allgemein aufgeheizten Stimmung hätten hinreissen lassen, wirken angesichts der Taten makaber. Doch im Vorfeld des Prozesses hatte sich offenbart, dass längst nicht alle deutschen Strafverfolgungsbehörden aus den Ermittlungen und Erkenntnissen rund um das NSU-Trio, das über mehrere Jahre hinweg zehn Morde, fünfzehn Raubüberfälle und andere Taten begangen hatte, gelernt haben. So übersahen laut Medienberichten Polizisten bei Durchsuchungen der Wohnungen der Verurteilten Nazidevotionalien. Die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelte monatelang nur wegen normaler Kriminalität. Erst als die Bundesanwaltschaft hellhörig wurde und im Frühjahr 2016 das Verfahren an sich zog, wurden die Struktur der Gruppe sowie ihre Gesinnung und damit ihre Motivation «entdeckt», auch kam es erst dann zu Festnahmen der übrigen Gruppenmitglieder.

Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. So zeigten im Prozess wiederholt Zuschauer wie Zeugen Verständnis für die Angeklagten und nicht für die Opfer. Zudem hat die Terrorgruppe teilweise erreicht, was sie wollte: Viele Asylbewerber, aber auch Unterstützer wie der linke Stadtrat sind mittlerweile aus Freital weggezogen.